Die zehn Hauptforderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung

Beschlossen vom Präsidium des Deutschen Städtetages
in seiner 415. Sitzung am 12. September 2017 in Kassel

Deutschland braucht lebenswerte Städte

Deutschland ist ein Land der Städte, die Mehrheit der Menschen lebt hier. Die Städte sind Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Sie sind mehr als Arbeitsplatz oder Wohnort. Städte bieten Teilhabe und Identifikation. Sie übernehmen Verantwortung für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, für politische Stabilität und sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Die Städte prägen Gegenwart und Zukunft. Sie stehen als Partner von Bund und Ländern bereit, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. Partnerschaftliches Miteinander bedeutet aber auch, als Partner respektiert und vor schleichender Überlastung und Fremdbestimmung geschützt zu werden. Damit die Kommunen ihrer Rolle und ihren Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger besser gerecht werden können, halten die Städte in den kommenden Jahren zusätzliche Unterstützung von Bund und Ländern für nötig. Vor diesem Hintergrund legt der Deutsche Städtetag für die neue Legislaturperiode zentrale Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung vor.

1. Städtische Einnahmen sichern und Investitionen ermöglichen

Der Investitionsstau in den Kommunen ist nach wie vor hoch, die KfW beziffert ihn auf 126 Milliarden Euro. In allen Bereichen der kommunalen Infrastruktur besteht umfassender Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Die Städte benötigen daher größeren finanziellen Handlungsspielraum, um mehr investieren zu können. Sie fordern die neue Bundesregierung auf, die kommunale Investitionskraft dauerhaft zu stärken. Die Einnahmesituation der Städte muss langfristig und planbar verbessert werden. Dadurch lässt sich die Basis für Investitionen wirksamer verbreitern als über befristete Förderprogramme. Als Weg bietet sich an, den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer anzuheben.

2. Gute Bildung in den Städten – Kooperationsverbot aufheben

Bildung muss im Mittelpunkt stehen. Angesichts ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung für Gesellschaft, Wirtschaft und Integration muss die Bildung durch Bund, Länder und Kommunen gemeinsam weiterentwickelt werden. Das in der laufenden Legislaturperiode gelockerte Kooperationsverbot sollte in der Bildungspolitik vollständig aufgehoben und die Zusammenarbeit im Sinne eines „kooperativen Föderalismus“ weiter entwickelt werden. Der Bund muss sich in zentralen kommunalen Handlungsfeldern, wie der digitalen Bildungsinfrastruktur oder beim Ausbau von Ganztagsschulen, finanziell engagieren können. Allein der Investitionsrückstand im Bereich der Schulen macht mehr als ein Viertel der notwendigen Investitionen für die gesamte kommunale Infrastruktur aus.

3. Familiengerechte Städte – Ausbau der Kindertagesbetreuung

Bildungs- und Teilhabechancen für alle beginnen weit vor der Schule. Die Städte haben in den vergangenen Jahren viel geleistet für den Auf- und Ausbau einer flächendeckenden und qualitativ guten Kinderbetreuung. Der Bedarf nimmt aber weiter deutlich zu. Die Städte erwarten, dass der Bund sich nicht nur an den Investitionskosten, sondern auch an den Betriebskosten der Kindertagesbetreuung dauerhaft beteiligt. Bund und Länder müssen die Mehrkosten für die Qualitätsentwicklung tragen und die zusätzlichen Mittel müssen ungeschmälert bei den Kommunen ankommen.

4. Sozialausgaben – Entlastung statt neuer Belastung

Die sozialen Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen in den Städten sind vielfältig. Kitas, Krankenhäuser, Pflege, Förderung am Arbeitsmarkt – Jahr für Jahr steigen die Sozialausgaben der Kommunen um rund zwei Milliarden Euro. Zumeist sind sie fremdbestimmt. Das verstärkte Engagement des Bundes hat gestiegene Belastungen abmildert. Das reicht aber nicht, es sind weitere Entlastungen bei den Sozialausgaben erforderlich. Vorrangig sollte der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft erhöhen, damit vor allem besonders belastete Kommunen entlastet werden. Und die Städte benötigen einen verlässlichen Schutz vor nicht gegenfinanzierten Ausweitungen sozialer Leistungen. Neue, bereits beschlossene Leistungen, insbesondere durch das Unterhaltsvorschussgesetz, das Bundesteilhabegesetz und die Pflegestärkungsgesetze, müssen seriös evaluiert und vollständig von Bund und Ländern ausgeglichen werden.

5. Altschulden – Städte nicht alleine lassen

Die immens hohen Altschulden stellen ein nur begrenzt beherrschbares Risiko in den Haushalten der betroffenen Kommunen dar. Diese Städte sind nicht in der Lage, das Altschuldenproblem, das vor allem aus Strukturkrisen resultiert, aus eigener Kraft zu lösen. Sie dürfen damit nicht alleine gelassen werden. Der Deutsche Städtetag fordert, dass der Bund zusammen mit den jeweiligen Ländern in der neuen Legislaturperiode die Lösung des Altschuldenproblems angeht. In einem ersten Schritt sollten Maßnahmen getroffen werden, um das Zinsrisiko zu verringern. Und in einem zweiten Schritt müssen die Altschulden auf ein akzeptables Maß zurückgeführt werden.

6. Integration vorantreiben – Aufnahme- und Anerkennungsverfahren effektiver machen

Die Integration der zugewanderten Menschen wird eine zentrale kommunale Herausforderung der nächsten Jahre sein. Umso wichtiger ist es, Bleibeberechtigte rasch und wirkungsvoll in Integrationsmaßnahmen zu vermitteln. Die Bundesmittel für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten in den Jobcentern müssen vom Bund deutlich erhöht werden. Die Bundesfinanzierung für die fluchtbedingten Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II muss über das Jahr 2018 hinaus fortgesetzt werden. Eine Integrationspauschale des Bundes wird in den Jahren ab 2019 ebenso weiter benötigt. Ein angemessener Anteil dieser Mittel muss aber auch bei den Kommunen ankommen und darf nicht in den Landeshaushalten hängenbleiben. Es bedarf schnellerer und effektiverer Aufnahme- und Anerkennungsverfahren, damit rasch Klarheit besteht, wer ein Bleiberecht in Deutschland besitzt und wer nicht. Anreize für freiwillige Ausreisen gilt es zu stärken. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen aus Einrichtungen der Länder heraus zurückgeführt werden. Asylbewerber ohne Bleibeperspektive dürfen nicht auf die Kommunen verteilt werden.

7. Digitalisierung – Städte gestalten Veränderungen

Die Digitalisierung wird das Bild unserer Städte und unser Miteinander verändern. Selbstbewusst und offen gegenüber dem Neuen werden die Städte Veränderungen Rechnung tragen. Um zukunftsfähig zu sein, ist eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur auf Gigabit-Niveau nötig. Das in der Digitalen Agenda definierte Ziel, bis 2018 überall 50 Mbit/s zu erreichen, kann nur ein Zwischenschritt sein. Die Bundesregierung ist aufgefordert, Digitalisierungskonzepte und -strategien der Städte zu fördern und Pilotprojekte zu etablieren. Bei der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen kann der angestrebte Portalverbund von Bund, Ländern und Kommunen ein wichtiger Schritt sein. Die bestehenden Portale sollten intelligent verknüpft werden.

8. Mobile Städte – Verkehrspolitik neu denken

Städtischer Raum ist endlich. Dies erfordert gerade in der Verkehrspolitik ein Umdenken. Der Deutsche Städtetag fordert, städtische und stadt-regionale Verkehre für den Wandel von Mobilität und Transport stärker in den Fokus zu nehmen. Der öffentliche Nahverkehr bleibt der Grundpfeiler einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Damit der ÖPNV zu einem vernetzten Verkehrsangebot von Bus und Bahn mit anderen Verkehrsmitteln umgestaltet werden kann, muss dieser Prozess ebenso stärker unterstützt werden wie der Mobilitätswandel durch Elektromobilität und Carsharing. Die Umrüstung von

ÖPNV-Fahrzeugen muss ausreichend gefördert werden, weil sich die Ziele des Umwelt- und Klimaschutzes andernfalls nicht zeitnah und wirksam erfüllen lassen.

9. Klimaschutz verstärken – saubere Luft in den Städten

Die beschlossenen europäischen und nationalen Ziele zur Verringerung der Luftschadstoffe müssen nach Auffassung der Städte eingehalten werden. Besonders die Emissionen aus dem Verkehr und dem Gebäudebereich müssen reduziert werden. Das System zum Emissionshandel ist wirksamer zu gestalten. Die Städte selbst stoßen an ihre Grenzen, Verkehrsemissionen mit stadtplanerischen, verkehrsplanerischen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen zu verringern. Die Vereinbarungen des Nationalen Forums Diesel als erster Schritt müssen rasch umgesetzt werden und weitere Schritte müssen folgen. Es wird darauf ankommen, schnell messbare Erfolge beim Rückgang der Stickoxide zu erzielen, um dem Gesundheitsschutz Rechnung zu tragen und Fahrverbote vermeiden zu können. Der Deutsche Städtetag hält an seiner Forderung einer Blauen Plakette fest, damit die Städte eventuell von den Gerichten verhängte Fahrverbote praktikabel handhaben und zwischen emissionsärmeren und umweltschädlicheren Fahrzeugen unterscheiden können. Die EURO 6-Norm für Kraftfahrzeuge sollte weiterentwickelt, eine umweltgerechte Kraftstoffbesteuerung und eine emissionsabhängige Dienstwagenbesteuerung sollten geprüft werden.

10. Stadtentwicklung und Wohnen – Engagement des Bundes fortsetzen

Lebendige Städte und Stadtteile brauchen Wohnraum für alle und eine gute Mischung aus Leben, Arbeiten und Einkaufen. Eine aktive, dem Gemeinwohl verpflichtete Bodenpolitik ist der Schlüssel für eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung. Die Städtebauförderung ist hierfür ein wichtiges und erfolgreiches Instrument. Der Bund ist aufgefordert, den bewusst breiten und flexiblen Ansatz der Städtebauförderung wieder herzustellen. Es braucht eine verlässliche und mittel- bis langfristig konstante Mittelausstattung mindestens auf dem aktuellen Niveau von 790 Mio. Euro. Um mehr Wohnbauflächen aktivieren und nachfragegerechte Konzepte zur Wohnraumförderung für breite Schichten der Bevölkerung entwickeln zu können, muss der Gemeinwohlgedanke im Bodenrecht und beim Verkauf von Bundesliegenschaften gestärkt werden. Der Deutsche Städtetag fordert von der neuen Bundesregierung eine langfristige und ressortübergreifend angelegte Wohnungspolitik. Der Bund muss den sozialen Wohnungsbau auch über das Jahr 2019 hinaus weiter mitverantworten. Daneben braucht es finanzielle Anreize für den Bau bezahlbarer, frei finanzierbarer Wohnungen, etwa über Investitionszulagen oder ein Baukindergeld. Ein Instrumentenmix ist wichtig.